

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 3 (1889)

112 (25.9.1889)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-192271](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-192271)

Norddeutsches Volksblatt.

Zeitschrift für freisinnige soziale Reform,
für Politik und Unterhaltung.

Erscheint
jeden Mittwoch, Freitag u. Sonntag.
Inserate:
die viergespaltene Seite 10 Pf.
bei Wiederholungen Rabatt.

Abonnement:
bei Vorausbezahlung frei in's Haus:
vierteljährlich . . 1 RM. 50 Pf.
für 2 Monate . . 1 — —
für 1 Monat . . — 50 —
incl. Postbefreiung.

Expedition: Bant-Wilhelmshaven, Adolfsstraße Nr. 1.

Zur Beachtung.

Wir erlauben unsere Freunde allerorts, uns von allen Maßnahmen auf Grund des Sozialistengesetzes: Verboten und Auflösungen von Versammlungen, Flugblatt-Verboten etc., Verurtheilungen u. s. w. in Kenntniß zu setzen. Die Mittheilungen brauchen nur ganz kurz zu sein, etwa: „Schöppenstedt, 22. September. Verbot einer Volksversammlung mit der Tagesordnung: „Die Schädlichkeit des denaturirten Spiritus“ auf Grund des § 9 des Sozialistengesetzes. Referent: Tischler Schlämmer.“ Bei Auflösungen ist der Grund, bei Verurtheilungen der betr. Paragraph des Sozialistengesetzes anzugeben.

Die Redaktion.

Ehrenberg — Attenhofer.

Die „Züricher Post“ schreibt: Einige Blätter kommen auf den Prozeß Attenhofer-Gonzett zu sprechen, von welchem in der üblichen Weise angeklagt worden war, daß er wichtige Enthaltungen über die Sozialdemokratie bringen werde, der nun aber wegen der Enthaltungen, die er brachte, für den Kläger selbst einen besonders ungünstigen Ausgang genommen hat. Diesen Eindruck abzuschwächen, wird geschrieben, daß manche Aufschlüsse nicht haben erteilt werden können, weil der Bundesrath ablehnte, über die Thätigkeit Attenhofer's „in der anarchistisch-sozialistischen Angelegenheit“ eine Erklärung abzugeben und es soll der Attenhofer sogar mit dem Namen des Bundesrathes gedeckt werden.

Wir beschäftigen uns, wie man weiß, mit der Persönlichkeit Attenhofer's möglichst wenig, von dem Prozeß Attenhofer gegen Gonzett aber mußten wir Angesichts des Verlaufes desselben Notiz nehmen, und was die genannten Beschuldigungsvorwürfe betrifft, so sieht ihnen Jedermann ihre Verlegenheit an.

Zweierlei, was die Schmutzgerichtsverhandlungen zu Tage förderten, war freilich höchst bemerkenswerth: 1. die Angelegenheit der gefälschten (erfundenen) Chiffrierte Depesche und 2. die Veröffentlichung eines Schreibens des eidgenössischen Justizdepartements an Attenhofer durch dessen Anwalt. Dabei spielen die Daten eine große Rolle. Wir geben in Folgendem die kurze Chronologie der Vorgänge aus der betreffenden Zeitperiode.

10. September 1887. v. Ehrenberg (der Zeuge Attenhofer's im Prozeß gegen Krüger) entweicht nach längerer Haft aus dem Selnau, flieht angeblich nach Oesterreich, geht nach Paris und stellt sich nachher, wie am 28. Dezember ein Telegramm der „Frankf. Ztg.“ meldet, der Staatsanwaltschaft in Freiburg i. Br., die ihn der Militärbehörde überliefert.

28. Januar 1888. Der Bundesrath beschließt die Landesverweisung v. Ehrenberg's, Schoopen's und Genossen wegen anarchistischer Umtriebe.

12. Februar 1888. Attenhofer's „Stadtbote“ veröffentlicht folgende Notiz:

„Wer hat die Dummelei begangen, folgende Chiffrierte Depesche oder auch Korrespondenz nach Zürich zu senden:

„p. v. h. w. d. f. t. g. l. d. m. g. w. i. x. o. e. t. i. z. p. c. d. a. x. s. g. f. f. y. p. t. h. z. b. f. k. t. i. l. f. p. s. w. f. n. l. h. t. c. h. n. p. m. ? b. h. w. b. y. o. p. p. d. f. d. k. b. t. a. a. b. w. d. l. e. b. p. b. x. n. s. i. s. k. l. w. t. s. u. t. e. w. i. b. g. v.“

„Diese Depesche lautet in chiffrisches „Zürichisch“ übersezt:

„Motteler soll Ehrenberg-Papiere sofort hierher senden mit Beglaubigung von Polizeihauptmann für getreue Abschrift.“

Der Schlüssel zu obiger Quadratschrift heißt heute „Sabot“; morgen vielleicht Curti!

„De, Wollbach“, (Wohnort Motteler's) bei! Wie heißt der Mann, an den diese Depesche oder Korrespondenz adressirt war und wie der Absender?“

15. Februar 1888. An die „Züricher Post“ richtet Julius Motteler, Gerant des „Sozialdemokraten“, folgende Aufschrift:

Der „Stadtbote“ vom 12. Februar bringt in seiner Nummer 7 eine Notiz, die von einer Chiffrierte Depesche spricht und erwähnt dabei den Namen des Unterzeichneten.

Ich erkläre hierauf: Weder mir noch irgend einem meiner Freunde hier ist eine ähnliche Depesche oder Korrespondenz zugekommen. Von meinen Freunden in Deutschland kann Derartige nicht herrühren, da wir überhaupt nicht Chiffrierte Depeschiren oder Korrespondiren. Es muß eine Fälschung vorliegen, deren Zweck zur Genüge aus dem Inhalt und der Art der Verbreitung hervorgeht. Behördlich festgestellt zu sehen, wie und wann diese Fälschung entstanden ist, dürfte im allgemeinen Interesse sein.

Hottingen, 12. Februar. Julius Motteler.
14. März 1888. Attenhofer schreibt einen Brief an den Bundespräsidenten Hertenslein, worin er dem Bundesrath eine Ehrenberg'sche Broschüre übermitteln und behauptet, daß Hauptmann v. Ehrenberg von dem deutschen Reichsstaatskanzleramt den Auftrag besitze, ein Memorial auszuarbeiten über die anarchistischen und sozialistischen Umtriebe in der Schweiz und speziell in Zürich.

Am 17. März 1888. Das Justiz- und Polizeidepartement schreibt an Attenhofer, Herr Bundespräsident Hertenslein habe ihm den Brief vom 14. zugestellt und fügt hinzu: „Wir glauben, daß es uns schwer fällt, einem solchen Gerüchte Glauben zu schenken. Da Sie jedoch bezeugen, daß Sie diese Nachricht aus allerhöchster Quelle besitzen und bereit seien, die Beweise dafür vorzulegen, so können wir nichts Besseres thun, als Ihre Anerbieten anzunehmen. Wir ersuchen Sie daher, uns möglichst genaue Auskunft über die Beweise, die Sie uns anbieten, gefälligst mittheilen zu wollen; wir werden Sie unter bester Veranlassung entgegennehmen.“

4. September 1889. Im Prozeß Attenhofer gegen Gonzett erklärt Attenhofer, daß er jene gefälschte Depesche im „Stadtbote“ vom 12. Februar 1888 von Ehrenberg erhalten habe. Herr Advokat Ulrich, der Anwalt Attenhofer's, verliest jenen Brief des Justizdepartements vom 17. März 1888, nach welchem Attenhofer Ehrenberg und das Reichsstaatskanzleramt in Bern denunziert hat. „Wir bezeugen“, fügt Ulrich hinzu, „noch ein ganzes Attenjaszettel ähnlicher Briefe“ (aus dem Bundesrathshaus).

Wie kommt es nun, fragt man sich, daß Attenhofer von Ehrenberg am 12. Februar noch eine Einsetzung annahm und daraus zur Verächtlichung politischer Gegner Kapital schlug, während Ehrenberg schon am 28. Januar vom Bundesrath als Anarchist ausgewiesen und am 10. Dezember 1887 geflohen war? Stand es einem schweizerischen Offizier (!) an, einen solchen und so intimen Umgang zu pflegen?

Und wie kommt es, daß Attenhofer bald darauf im März Herrn Hertenslein zu Händen des Bundesrathes den Ehrenberg und zugleich das Deutsche Reichsstaatskanzleramt denunzierte? Nach einer Notiz der „Züricher Post“ vom Dezember 1887 hatte sich Attenhofer allerdings bereits nach der Flucht Ehrenberg's an die Züricher Polizei herangemacht, um seinen Prozeßgegenstand Ehrenberg nachträglich als Spitzel darzustellen. Aber wenn dem so, weshalb nahm er später von ihm noch eine Einsetzung, die gefälschte Chiffrierte Depesche, auf? Ferner, wann hat Ehrenberg Attenhofer die betreffende Mitteilung gemacht? Gesah es vor der Verhaftung und Flucht, warum theilte sie Attenhofer nicht damals schon mit, sondern behielt sie Monate lang bei sich? Gesah es nach der Landesverweisung, wie können wir es uns erklären, daß Attenhofer mit Ehrenberg noch so eng verbunden war, um von ihm eine derart wichtige Mitteilung zu erlangen?

Freilich gäbe es noch andere Annahmen, nämlich, daß Ehrenberg nicht Verfasser der gefälschten Depesche und daß die dem Bundesrath gemachte Mitteilung Attenhofer's eine Erfindung wäre. Beides aber würde Attenhofer wegen falscher Aussagen belasten und diese Annahmen sind also nicht erlaubt, wenn es auch wahr ist, daß beispielsweise die Auslassungen Attenhofer's über demokratische Persönlichkeiten Zürichs jede Wöde neue Erfindungen enthalten.

Zur Charakteristik der Zustände mag es beitragen, daß Attenhofer kurz zuvor, ehe er sich berufen fühlte, jenen Brief nach Bern zu schreiben, im Gefängniß gelassen hat. Er war damals bekanntlich wegen Verleumdung vom Obergericht zu zwei Monaten Gefängniß und (in letzter Instanz vom Bundesgericht) zu 1500 Francs Entschädigung verurtheilt worden.

Endlich liegt eine merkwürdige Ironie in dem Widerspruch, daß Attenhofer's „Stadtbote“ von der „Nordd. Allgem. Zeitung“ gegen die Politik des Bundesrathes in's Feld geführt worden ist und daß der „Stadtbote“ ein Bombenattentat in Zürich, welches gegen den deutschen Kaiser und den Zaren geplant sei, entdeckte, während der Bundesrath seinerseits von demselben Manne eine Denunziation gegen das deutsche Reichsstaatskanzleramt erhielt.

Angesichts aller dieser Dinge begreifen wir die Reue einiger Blätter nach Aufklärung! . . . Auch wir zweifeln nicht daran, daß das Attenjaszettel, auf welches der Verteidiger Attenhofer's in extremis sich berief, sehr werthvolles Material enthält. Schon das wenige Gebotene war von pikantester Art. In Zürich müßte es manchen Ehrenmann, zumal aber die Polizeibehörden interessieren, zu wissen, was Attenhofer über sie nach Bern schrieb. Und das Land hätte aus Gründen der öffentlichen Sicherheit ein Recht, in dieser Sache un po' più di luco, noch etwas mehr Licht zu verlangen!

Politische Rundschau.

Bant, den 24. September.

Berlin. Der Abg. Vebel hat bei der deutschen Arbeiterpresse angeregt, vom ersten Oktober ab eine genaue Wochenstatistik über alle Maßregeln zu veröffentlichen, die auf Grund des Sozialistengesetzes getroffen wurden. Also Verbote und Auflösungen von Versammlungen und Vereinen, Verbote von Blättern und Schriften, Ausweisungen, gerichtliche Verurtheilungen u. s. Die Zusammenstellung der Angaben der einzelnen Blätter wird der Abg. Vebel veranlassen und von Zeit zu Zeit veröffentlichen, auch soll der Reichstag alljährlich eine solche Zusammenstellung erhalten. Beschließt der Reichstag den dauernden Bestand des Sozialistengesetzes, so wird die sozialdemokratische Fraktion in jeder Session einen Antrag auf Aufhebung desselben einbringen um eine Debatte über die Verhängung derselben zu ermöglichen. Die Abficht, durch dauernde Einführung des Sozialistengesetzes den Debatten über dasselbe zu entgehen, dürfte durch diesen Plan durchkreuzt werden.

— August Vebel erläßt folgende Erklärung: „Die „Kreuzzeitung“ veröffentlicht in ihrer Nummer 435 einen Leitartikel unter dem Titel: „Ein sozialdemokratischer Antimarkt“. In diesem Artikel wird eine Arbeit des Herrn Max Schlegel, betitelt „Die soziale Frage“, die dieser in der „Volksbibliothek“ veröffentlichte, besprochen und in dieser Besprechung behauptet, der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion stehe hinter diesem Unternehmen. Darauf habe ich zu erklären, daß die „Volksbibliothek“ ein von Herrn Bruno Geiser gegründetes Privatunternehmen ist und der Vorstand der sozialdemokratischen Fraktion in gar keiner Beziehung zu derselben steht. Die übrigen schießen und unrichtigen Urtheile, die der Artikel enthält, will ich unerörtert lassen. Nur eine Behauptung sei noch berichtigt. Herr Max Schlegel, der Verfasser der erwähnten Arbeit, gehört nicht zur sozialdemokratischen Partei, es fallen also alle Kombinationen, welche der Artikel der „Kreuzzeitung“ an diese Voraussetzung knüpft, in sich zusammen.

— In einer Polemik wider die „Nat.-Ztg.“ erklärt die „Kreuztg.“: „Wir wollen keine Ausbeutung der Arbeiter durch Plutokratie und Kapitalismus und haben gar keine Sympathien für das Proletariat der liberalen Bourgeoisie, mit ihrem ehrgeligen Überlissimus.“ Zum Zeichen ihrer Sympathie für die Arbeiter beruft sie sich auf ihre Haltung im Bergarbeiterstreik. — Aus erscheint die Sprache der „Kreuztg.“ gegen die liberale Bourgeoisie recht berzeffend und wir unterschreiben ihr Urtheil Wort für Wort, aber es wäre uns lieb, dieselbe Sympathie, welche sie für die industriellen Arbeiter zu haben behauptet, auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiter ausgedehnt zu sehen. Den Bergarbeitern und den industriellen Arbeitern überhaupt geht es schlecht, aber den landwirtschaftlichen Arbeitern namentlich im Osten geht es erbärmlich und da scheinen uns Rezepte wie Bestrafung des Kontraktbruchs, Beschränkung der Freizügigkeit, polizeiliche Knechtung der Arbeiter u. s. wie sie die „Kreuztg.“ aufs eifrigste als Heilmittel befürwortet, nicht sehr arbeiterfreundlich zu sein.

— Als wahrheitsenthaltenden Termin für die nächsten Reichstagswahlen hört die „Nat.-Lib.-Korr.“ neuerdings einen Zeitpunkt bald nach Ablauf der Legislaturperiode, also etwa im März oder April, bezeichnen. Eine Sinauschiebung des Termins bis in den Herbst wäre zwar verfassungsmäßig zulässig, hätte aber doch bei der Möglichkeit kritischer auswärtiger Ereignisse sein Bedenkliches.

— Betreffs der bevorstehenden Reichstagswahl haben es sich die Genossen allerorts zur Pflicht zu machen, auch in solchen Wahlkreisen, wo ein Sozialdemokrat bisher nicht kandidirte, eine sozialdemokratische Kandidatur zu proklamiren, auch wenn nur wenig Stimmen zu erwarten sind. Es genügt, wenn da, wo ein Wahlkomitee sich nicht bilden und die Aufstellung eines Kandidaten in öffentlicher Versammlung nicht erfolgen kann, ein einzelner Genosse die Aufstellung eines bestimmten Kandidaten bekannt gibt. Mit der Wahlagitiation muß eifrig begonnen werden

auch da, wo nennenswerthe Erfolge nicht zu erwarten sind. Zu jeder erwünschten Auskunft ist das von der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages ernannte Zentral-Wahlkomitee, bestehend aus den Reichstagsabgeordneten Bebel, Grillenberger, Viehnecht, Meißner und Singer, gern bereit.

In Odsch. Wuraen (11. sächsischer Wahlkreis) findet die Erloswahl zum Reichstage am 8. Oktober statt. Kartellkandidat ist Oberamtsrichter Dr. Giese in Odsch.

Die Landtagswahl in Gera hat zu überraschenden Ergebnissen geführt. Die Reaktion ist nämlich auf der ganzen Linie geschlagen, die Oppositionsparteien sind die Sieger. Bei der letzten Landtagswahl von 1886 wurden in sämtlichen 3 Wahlbezirken der Stadt Gera nur 1215 Stimmen, nämlich 309 freisinnige, 557 parteipolitische und 349 sozialdemokratische Stimmen abgegeben; diesmal aber erschienen 1786 Wahlberechtigte an der Wahlurne, von denen 732 für die freisinnigen, 531 für die parteipolitischen und 523 für die sozialdemokratischen Kandidaten stimmten. Der Stimmenzuwachs beträgt demnach für die freisinnige Partei 137 pCt., und für die Sozialdemokraten etwa 50 pCt., während das Kartell einen Rückgang seiner Stimmenzahl um etwa 5 pCt. zu verzeichnen hat. Es haben Stichwahlen stattgefunden. — Wenn aus dieser Wahl ein Schluss auf die Reichstagswahlen gestattet wäre, so dürfte es für die vereinigte Reaktion übel bestellt sein.

Auch eine Art „Hofbericht“. Die „Münch. Post“ schreibt: „Herr von Vollmar ist nebst Frau Gemahlin am Dienstag nach Ulmsfeld am Waldsee abgereist, wo er sich häuslich niederzulassen gedenkt. Vor 1890 gedenkt, wie wir hören, der Arbeiterkandidat für München II hier selbst keinen längeren Aufenthalt zu nehmen.“

Der Prozeß gegen den Bergmann Weber, den ehemaligen Vorsitzenden des Bochumer Streikkomitees, ist am 21. d. M. unter großem Andrang des Publikums vor der Strafkammer in Bochum verhandelt worden, das Urtheil lautete sieben Monate Gefängnis und zwar wegen Vergehen gegen die Gewerbeordnung, wegen Aufregungen zum Klassenhaß, wegen Majestätsbeleidigung und wegen Verleitung zum Ungehorsam gegen das Vergehe. Dem Verurtheilten wird die Untersuchungshaft angerechnet. Es wird als festgestellt angegeben, daß der Verurtheilte in keinerlei Verbindung mit den Sozialdemokraten gestanden habe. Weber wurde auf freien Fuß gesetzt.

Die Nationalliberalen und der Kohlenring. Im Anschluß an die Meldung, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten die sozialistischen Kohlenbergwerke angewiesen habe, sich der Theilnahme an den Preistreibern der Privatgruben zu enthalten, benutzte die „Nat.-Ztg.“ den Minister als das Hauptbühnenstück, an dem die Bemühungen der oberhessischen Kohlenrubenbesitzer, ein Kohlenkartell zu Stande zu bringen, bisher gescheitert seien. Herr v. Maybach kam das nur zum Lobe gereichen. — Der konservative „Reichsbote“ spricht dem Minister Dank dafür aus, „daß er dem geplanten Kohlenring zur Vertheuerung der Kohlen ein jähes Ende bereitet habe“.

Die Angst vor der Sozialdemokratie scheint die Nienburger Fabrikanten gepackt zu haben. Wir veröffentlichen kürzlich erst einen Ukas des Glasfabrikanten Hepe dafelbst, laut welchem der gute Mann seinen Arbeitern den Beitritt zu einem Fachverein bei Strafe der Entlassung verbietet. Nunmehr geben mehrere Direktoren hiesiger Fabriken folgendes bekannt: „Die Unterzeichneten erklären hiermit öffentlich, daß sie in Zukunft Arbeiten nur solchen Unternehmern übertragen werden, welche ihnen gegenüber die bündige Verpflichtung eingehen,

bei der Ausföhrung dieser Arbeiten nur solche Arbeiter, Gehilfen oder Gezellen zu beschäftigen, welche nicht Mitglieder von Fachvereinen oder sonstigen sozialdemokratischen Vereinigungen sind.“ — Natürlich wird nun, wenn die Sozialdemokratie sich wirklich irgendwo in Nienburg eingestellt hat, dieselbe mit Stumpf und Stiel ausgerottet. Die nächste Reichstagswahl wird den Beweis liefern.

Die Antisemiten, jene Deutschen der Deutschen, haben in der streng vertraulich verfaßten „Antisemitischen Korrespondenz“ u. A. folgende Anklage verbreitet: „Wer mit Semiten Geschäfte macht, braucht keine antisemitische Gesinnung nicht offen zu zeigen, er unterläßt durch anonyme Geldsendungen die antisemitischen Zeitungen. Das man beim geschäftlichen Verkehr mit Semiten höflich sein muß, ist eine traurige Nothwendigkeit, ein Verbergen der Gesinnung, welches durch die Verhältnisse entschuldigt ist.“ Diese Heuchelei ist um so erbärmlicher, als sie dazu dienen soll, den Herren Antisemiten den Geldsack zu füllen. Wie haben nicht gerade die konservativen Kreise sich „fütillich entrüstet“, wenn einmal ein armer Arbeiter, getrieben vom Hunger, abgelehnt hat, Sozialdemokrat zu sein. Das war zu entschuldigen, aber der jämmerliche Lrd der antisemitischen Patrioten ist es nicht.

Welchen Anstrengungen sich der deutsche Kaiser unterzieht — schreibt die Kartellpresse — das ist schier ungläublich. Man vergegenwärtige sich nur den letzten Sonntag und Montag. Sonntag früh Vorträge, dann Gesangsaufführungen des Domchors, Empfang der Abordnung der Universität Göttingen, Feldgottesdienst, Vorträge, Audienz, kurze Paule, Pferde-rennen, Prunkmahl der Provinzialstände, Theateraufföhrung, und das Alles in ununterbrochenen Reihenfolge.“ — Die schwere Arbeit des Essens, Trinkens und Schlafens ist da noch gar nicht gebührend in Betracht gezogen. Die „Freisinnige Zeitung“ sucht diese Uebelstände in etwas abzumildern. Nachdem sie erst färslich die lange Zeit sämmtlicher Reisen des Reichsoberhauptes veröffentlicht hatte, bringt sie jetzt sämmtliche Galabinders und Prunktafeln, welche seit dem 17. Juli 1888 vorgefallen sind. Es sind wohlgezählte 50. Daran schließt sich noch eine lange Liste von Familienbindern, Galabesuchern und festlichen Frühstückstafeln. Ferner sind nicht eingerechnet die Familienbinders bei dem Besuch und der Anwesenheit färslicher Herrschaften, sowie die Diners unter Theilnahme des Kaisers bei Prinzen, fremden Botschaftern, Generalen und dem Reichskanzler. Ebenfalls nicht eingerechnet ist die Theilnahme an Diners und Frühstückstafeln in den Offizierskasinos von einzelnen Truppentheilen. — Ja, ja, das Regieren ist eine schwere Arbeit!

Der Aufruf des vom Pariser internationalen Arbeiter-Kongreß beschlossenen Exekutivkomitees, den wir schon kurz erwähten, lautet mörtlich wie folgt:

Das Komitee des internationalen Arbeiterkongresses, der dieses Jahr in Paris vom 14. bis 21. Juli stattfand, hat in seiner Abend Sitzung vom 21. Juli den Beschluß gefaßt: es seien die schweizerischen Delegirten mit der Einsetzung des vom Kongreß beschlossenen Exekutivkomitees zu betrauen. Die schweizerischen Delegirten traten nun am 28. Juli leztlich in Zürich zusammen und faßten, gemeinsam mit noch einigen Vertretern schweizerischer Arbeiterorganisationen und in Anwesenheit des Reichstagsabgeordneten August Bebel, folgende Beschlüsse:

1. Das fänsiglebrige Exekutivkomitee soll seinen Sitz in Zürich haben. Diese Stadt ist dazu geeignet sowohl ihrer geographischen Lage wegen, als auch wegen des hervorragenden Antheils, den sie an der schweizerischen Arbeiterbewegung nimmt.

2. In das Komitee sind gewäht die Herren Karl Bärkli, Sekretär, D. Lang, R. Manz, Buchbinder, A. Wert, Kantorath beim schweizerischen Arbeitssekretariat und Eugen Bullschleger, Großrath und Redakteur des „Basler Arbeiterfreundes“. Dem Letzteren wird das Amt eines Sekretärs und Redakteurs übertragen.
3. Das vom Kongreß beschlossene dreisprachige Wochenblatt, „Der achtstündige Arbeitstag“, erscheint vorläufig in zungloser Reihenfolge, bis das Unternehmen finanziell gesichert ist.
4. Nach dem diesfälligen Beschluß des Kongresses kommt diesem Blatte die Aufgabe zu, die Bestrebungen zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages in nähere Verbindung zu bringen und die Leser über den Fortgang der Arbeiterkutschgesetzgebung in Europa und Amerika, sowie über den Stand der Arbeiterbewegung zu informieren.
5. Zu diesem Zwecke wird „Der achtstündige Arbeitstag“ allen Arbeiterverbänden, sowie den Vertrauensmännern der verschiedenen Nationen gratis und franco zugesandt, wogegen diese den Redakteur des Blattes durch Benachrichtigung von allen Vorkommnissen auf den genannten Gebieten zu unterstützen haben.
6. Die Kosten der Herausgabe des Blattes, der Bureauarbeiten, der Uebersetzungen, Publikationen x., die auf ca 15 bis 20,000 Franken (12 bis 16,000 M.) pro Jahr veranschlagt werden, sind durch freiwillige Beiträge derjenigen Arbeiterverbände x. aufzubringen, die am Kongreß vertreten waren.
7. Das Züricher Exekutivkomitee übernimmt die Leitung dieses Unternehmens und legt der schweizerischen Delegation, zu Händen des Kongresses, alljährlich gewissenhaft Bericht und Rechenschaft ab über ihre Thätigkeit.
8. Sie hat endlich auch die Einberufung des nächsten Kongresses rechtzeitig einzuleiten.

Werthe Genossen!
Unter Hinweis auf diese Beschlüsse erlaube wir uns, mit der Anfrage an Sie zu gelangen, welchen Beitrag Sie an die Kosten dieses ganzen Unternehmens zu leisten geneigt und im Stande sind, sowie auf welche Weise und bis wann Sie Zahlungen leisten werden.

Ohne Bewilligung ausreichender Geldmittel fällt der Beschluß Ihres Kongresses und seines Bureau als gegenstandslos dahin. Dann hat aber auch der mit so großen Opfern an Zeit und Geld verbundene Kongreß seinen praktischen Erfolg gehabt. Wir rechnen darum auf Ihre thätige Hilfe. Es lebe die politische und soziale Emanzipation der Völker!

Die schweizerischen Delegirten: Paul Brandt, St. Gallen; Heinrich Haun, Chaux-de-fonds; L. Schrag, Bern; Aug. Wert, Zürich; Stephan Schmid, Basel; J. Bogeljaner, Chur. — Das Züricher Exekutivkomitee: K. Bärkli, D. Lang, R. Manz, A. Wert, E. Bullschleger.

Gelder und Briefe sind an Herrn Kantorath Karl Bärkli, Zürich-Stunten, zu adressiren.

Ueber den Geschichtsunterricht in der Schule hat sich der deutsche Kaiser während seines Aufenthalts in Hannover geäußert. Wir lesen darüber in Kartellblättern: „Nach dem geistigen Festgottesdienste unterhielt sich der Kaiser längere Zeit mit dem Militärgeistlichen Richter, Kocholl und Knoche, welche die kirchliche Feier geleitet hatten, in lebhaftem Gespräch; er drückte seine Befriedigung über das Ergebende der stattgehaltenen kirchlichen Feier aus. Ueberhaupt erwartete er den heilsamen Einfluß auf die Herzen seiner Unterthanen durch die Pflege der Kirche und Schule. Freilich Gott, der Herr, könne selber

12)

Irungen.

Kriminalnovelle von G. Strauber.

(Fortsetzung.)

Die Baronin war ganz versunken in den Anblick des in der Erregung wirklich schönen Mannes, der mit einer stolzen, fast verächtlichen Bewegung, wie sie selbst dem Baron keine Schande gemacht haben würde, von Herrn von Dürenstein sich verabschiedete.

„Ein dreister, unverdächtigter Burche, dieser Handlungsgehilfe!“ meinte der letztere, als Springer hinter der Thür verschwunden war, mit einer vor Erregung bebenden Stimme.

„Chaffiren Sie sich nicht, lieber Freund,“ entgegnete der Baron, „auch ich würde dem Menschen am liebsten auf der Stelle die Thür gewiesen haben, aber Sie wissen ja selbst, mein Vetter, daß ich, obwohl mit tiefstem Widerwillen, gewisse Rücksichten nehmen mußte, wenn ich nicht die glänzenen, mir wünschenden Ausichten zerstören wollte.“

„Hätten Sie ihn herauswerfen lassen, so würde ihn dies mit noch größerer Hochachtung vor Ihnen erfüllt und Sie würden hierdurch noch mehr bei ihm erreicht haben, als durch ihre Nachgiebigkeit.“

„Das glaube ich nun gerade nicht,“ bemerkte Marga, „er sah keineswegs aus wie Einer, der durch Grobheiten sich imponiren läßt.“

„Ja, es ist ein schöner und stolzer Mann,“ fügte die Baronin hinzu. „Für einen Kommiss hatte er eigentlich ein viel zu vornehmeres Aussehen, er benahm sich ganz so, als befände er sich unter seines Gleichen.“

„Es giebt allerdings zuweilen auffallend feine Physiognomien unter diesen Bürgerlichen,“ meinte der Baron weitergehend, „was wohl daher röhren mag, daß irgend einmal einige Tropfen edlen Blutes mit ihrem gemeinen sich vermischt haben. Wie dem nun auch sei, ich werde mit dem Menschen das Geschäst erledigen und dann existirt derselbe für uns nicht mehr, wir kennen ihn

überhaupt nicht, wenn wir ihn irgendwo begegnen sollten. Aus unserm Darlehensvertrage kann jetzt wohl nichts mehr werden, mein lieber von Dürenstein, denn wenn mir 300 000 Gulden geboten werden, verkaufe ich den Guelhof und ziehe nach Wiesbaden, wo ich jedenfalls Zutritt zum Hofe erhalten werde. Dieser Umstand allein wird uns für das Aufgeben des uns allen so theuren Besitzthums mehr wie genügend entschädigen.“

3. Kapitel.

Herr Karl Springer wohnte bereits seit mehreren Tagen im Gasthause „zur Traube“, in welchem er nach seiner Rückkunft von Guelhof eingekehrt war und auch sein in der Kutsche zurückgelassenes Gepäc inzwischen eingetroffen war. Seine Zeit verbrachte er des Morgens in der Regel auf seinem Zimmer mit Lesen oder Schreiben, des Nachmittags machte er einen ausgedehnten Spaziergang in die Umgegend, nach einem der benachbarten Städtchen oder weit in den Wald hinein und des Abends setzte er sich unten im Wohnzimmer der „Traube“ zu den Stammgästen, zu denen auch der Bürgermeister gehörte. Einmal hatte er den letzteren in der Zwischenzeit besucht, jedoch Hedwig zu seinem Leidwesen nicht zu Hause angetroffen, auf Guelhof dagegen war er nicht mehr gewesen. Er fühlte nicht die leiseste Sehnsucht nach einem Zusammen-treffen mit den Bewohnern der Burg. Nur noch ein einziges Mal wollte er, wie er dem Bürgermeister erklärte, dorthin sich begeben, alsdann aber jede weitere Beziehung zu der Familie für immer abbrechen. Wann dieser eintrete, das sei noch ziemlich unbestimmt, da dies von dem Eintreffen von Briefen abhänge. Wohl erkundigte sich der neugierige Beamte mehrmals danach, welcher Zweck ihn eigentlich so lange in diesem abgelegenen Städtchen festhielte, doch Springer erwiderte stets ausweichend, daß er diesen Zweck vorläufig noch geheim halten müsse, daß der Herr Bürgermeister indessen seiner Zeit alles erfahren solle.

„Ein Vagabund bin ich nicht,“ fügte er einmal lächelnd hinzu, indem er seine Brieftasche hervorzog.

„Denn hier sehen Sie nicht nur eine sehr solide Summe in Baar, sondern auch ein Stüchwechsel auf Frankfurt und Mainz, die ein ganz anständiges Vermögen darstellen. Mit größter Ungeduld erwarte ich meine Legitimationspapiere, und bis diese eintreffen, habe ich nur die einzige Bitte an Sie, daß Sie mich nicht zum zweiten Male arretiren lassen, um mich per Schub über die Grenze zu bringen.“

Bei dem Bürgermeister, der an dem lebenslustigen und offenerzigen jungen Manne immer mehr Gefallen fand, war alles Mißtrauen gegen denselben schon längst so vollständig geschwunden, daß er ihn bereits mehrere Male aufgefordert hatte, ihn nochmals zum Mittag oder Abendessen oder auch nur zu einem Glase Wein in seinem Hause zu besuchen, und Springer hatte dem auch dem ersten eines Tages in dem Gastzimmer der „Traube“ in die Hand verprochen, daß er am Abende des folgenden Tages Punkt 7 Uhr sich ganz bestimmt bei ihm einfinden werde.

Seiner Gemohnheit gemäß trat er gegen 4 Uhr an dem Nachmittage, welcher diesem Abend vorausging, seinen Spaziergang an. Ohne ein bestimmtes Ziel im Auge schritt er eine Strecke weit auf dem Chausseewege neben dem Flusse dahin und bog dann mit einem Male nach links in einen Weg ab, der in den Wald, welcher die Höhen nebenan bedeckte, gerade hinein führte. Nach kurzer Zeit sah er sich rings umgeben von städtischen Tannen, zwischen welchen ein wohlgepflegter Waldweg angelegt war, auf dessen weichen, ebenem Boden es sich sehr angenehm morfschiren ließ.

In tiefe Gedanken versunken mochte er vielleicht eine halbe Stunde durch den Wald gegangen sein, als er zu fällig aufblickend bemerkte, daß derselbe auf der einen Seite lichter wurde und fast gleichzeitig sah er zwischen den Bäumen in geringer Entfernung den oberen Theil eines zerfallenen Thurmes, dem er sofort als zur Burg Guelhof gehörig erkannte.

(Fortsetzung folgt.)

am besten die Herzen der Menschen packen durch ernste Fährungen: so hätten ihm die Leute der „Liga“ erzählt, wie mächtig ihre Erlebnisse sie ergreifen und nach oben gerichtet hätten. Alsdann kam der Kaiser auf den Unterricht in den Schulen zu sprechen; er führte aus, daß der Geschichtsunterricht mehr Religion und Deutschthum betonen und auch die neuere Geschichte weit ausführlicher behandeln müsse. Die alten Völker zu kennen wäre wohl schön, aber für unsere deutschen Sitten und zum Verständnis der Fragen der Gegenwart höchst nötig, daß wir die Geschichte, namentlich die neuere und neueste Geschichte unseres eigenen Volkes, von Grund aus verständen. Daß die grundlegenden Bestrebungen der Sozialdemokratie so viele Köpfe und Herzen verwirrten, läme daher, daß man in hohen wie in niedrigen Schulen zu wenig die Verwirrung und Grauel der französischen Revolution und die genialen Heldenthaten in den Befreiungskriegen zur Rettung des Vaterlandes den Kindern vorstellte. Er hoffe, daß auf diesem Gebiete die Tugend von früh an besser belehrt werde. Mit einem kräftigen Händedruck entließ er die Geistlichen, welche über die leutliche Art des Kaisers, namentlich über dessen großartige Aufschauungen auf dem Gebiete des kirchlichen Lebens und der Schule, sehr erfreut waren. — Der deutsche Kaiser hat nur einige Punkte der Geschichte besonders angebeutet, mit welchen er die Schüler ganz besonders bekannt gemacht wissen will. Offenbar will der Kaiser jedoch von einer einseitigen Darstellung der Geschichte nichts wissen. Wir stimmen insofern dem deutschen Kaiser bei, daß die Geschichte den Schülern ungeschminkt — nicht à la Treitschke — gelehrt wird, daß man dieselben bekannt macht mit der Stellung des „alten Fritz“ zur Religion und zwar direkt aus seinen eigenen Schriften; und wenn die Schüler durchaus mehr über die neue Geschichte unterrichtet werden sollen, so wäre die des Königs Friedrich Wilhelm II., dieses frommmeindenden Wüßlings, seiner Doppelsehen, seiner Favoritinnen und seiner Jaooviten Bischofsmerder und Wöllner sehr lehrreich. Und wenn die Geschichte der Befreiungskriege den Schülern erzählt wird, so konnte man ihnen auch den Dank mittheilen, der den heimkehrenden Siegern zu Theil wurde, die Verfolgungen, denen sie durch die Kampfs- und Schmalzgefallen ausgelegt waren. Die neuere und neueste Geschichte der Hohenzollern bietet so viel des Lehrreichen für die Jugend, daß wir den Worten des deutschen Kaisers unsere Zustimmung in dieser Hinsicht nicht verlagern können.

Sonnabend, 22. September. Eine auf heute Mittag im Naas'schen Lokale anberaumte Volksversammlung, in welcher der Reichstagsabgeordnete Meister aus Hannover über Sozialreform und Arbeiterbewegung referen wollte, wurde auf eine eigenartige Weise vereitelt. Nachdem sich der geräumige Saal vollständig gefüllt hatte und die Zeit der Eröffnung längst verstrichen war, ließ ein Telegramm des Referenten ein, daß sich der Zug in Wöhne um 46 Minuten (ebenfalls in Folge der Militärtransporte) verspätet habe. Die Versammlung wurde in Folge dessen um eine Stunde vertagt. Nach Ablauf derselben füllte sich abermals der Saal, der Referent erschien und bald darauf wird das Zeichen mit der Glocke gegeben. Da erklärte der überwachende Polizeikommissar, die festgesetzte Zeit zum Beginn der Versammlung sei um fünf Minuten (!) überschritten und müsse er daher gesehlich die Versammlung auflösen. (!) Höchst unwillig, aber ohne die Ordnung zu stören, entfernten sich die Erhörienenen, von denen ein großer Theil von auswärts per Bahn gekommen war. Die Versammlung soll nunmehr am nächsten Sonntage stattfinden.

Riel. Wenn auch ohne direkten Zusammenhang mit der Besetzungssärfte des Schiffbauoberingenieurs Pannede, so dürfte doch ein Diebstahl allgemeiner Interesse erwecken, der die kaiserliche Werft zu Kiel betrifft. Am Sonnabend verhandelte die Kieler Strafkammer gegen den Kupferschmiedemeister Bachmann wegen gewerbs- und gewohnheitsmäßiger Diebstehere, gegen Steenbock wegen Beihälfe zu derselben, wegen wiederholten Diebstahls gegen den früheren Werfführer auf der kaiserlichen Werft Friedrich, wegen Bandendiebstahls gegen die Arbeiter der kaiserlichen Werft Harber, Hartig und Stammer. Die thatschädlche Feststellung ergab, daß Bachmann, der früher 2 1/2 Jahre in der Kupferschmiede auf der kaiserlichen Werft gearbeitet hat, in der Zeit vom 26. Aug. 1888, bis 22. Jan. 1889 6425 Kilogramm gestohlenes Kupfer (Abfall) an zwei Hamburger Firmen per Bahn verhandelt hat. Das Kupfer wurde vom Werfführer Friedrich und den drei angeklagten Arbeitern nach und nach der Werft entwendet. Diese große Masse von gestohlenem Kupfer mit geringeren Mengen von Messing und Blei konnte durch das Thor der Werft ungehindert passieren, Friedrich nahm es in Paketen stets mit von der Werft. Der Gerichtshof erkannte gegen den Kupferschmied Bachmann auf zwei Jahre Zuchthaus, gegen den Werfführer Friedrich auf 1 Jahr 6 Monate Gefängniß, gegen die Arbeiter Harber und Stammer auf acht Monate Gefängniß. Demnach wird die Strafkammer ansehend gegen den Werfführer Sommer von der kaiserlichen Werft wegen Kupferrohbendiebstahls verhandelt.

Frankreich. Paris. Die Nachrichten über den Ausfall der Kammerwahlen am Sonntag liegen nur unvollständig vor. Es ergibt sich aber aus ihnen schon das Resultat, daß der Ansturm der Monarchisten, Bonapartisten und Boulangeristen gegen die Republik abge schlagen ist. Bis jetzt sind bekannt die Resultate aus 536 Wahlkreisen. Gewählt sind für diese 217 Republikaner, 163 Oppositionelle, d. h. Monarchisten u.; 166 Stichwahlen sind erforderlich. Einer weiteren Meldung zufolge sind von diesen 166 Stichwahlen die Ausschichten in 127 Fällen für die Republikaner günstig, in 39 Fällen ungünstig. Zu den 217 gewählten

Republikanern können 10 Deputirte aus den Kolonien zu gezählt werden, deren Wahl noch nicht bekannt, aber nicht zweifelhaft ist, da keine ernstlichen Mitbewerber vorhanden sind. Dieses dürfte eine Gesamtzahl von 354 Republikanern ergeben, ungerundet die noch ausstehenden Ergebnisse aus 40 Wahlbezirken.

— In der letzten Deputirtenkammer verfügten die Republikaner über eine Mehrheit von 180 Stimmen (380 gegen ungefähr 200); es hätte also eine Verschiebung von über 90 Stimmen stattfinden müssen, um den Republikanern die Mehrheit zu entwinden. Das ist nicht geschehen. In wie viel Gruppen sich dieselben wieder zerpalten werden, nachdem sie jetzt gegen den gemeinsamen Feind einig zusammengehalten haben, das wird sich im Laufe der nächsten Zeit schon zeigen.

Paris, 23. Sept. Gemählt wurden der Minister des Aeußern, Spuller, in Beaume, Leon Say in Lam, Casimir Perrier in Rogent Sorfime, der Revisionist Bicot in Rosges gegen Jules Ferry, Deroulle in Anguleme. Clemenceau hat eine Stichwahl in Bar und der Minister des Innern, Constans, eine solche in Haute Garonne zu bestehen.

Paris, 23. Sept. Nach einer Mittheilung des Ministeriums des Innern sind von 576 vorzunehmenden Neuwahlen 560 bekannt. Gemählt wurden 224 Republikaner, darunter 167 Gemäßigte und 57 Radikale; ferner 159 Oppositionelle, nämlich 86 Royalisten, 51 Bonapartisten und 22 Boulangeristen. 177 Stichwahlen sind erforderlich, wovon man bei 135 einen für die Republikaner günstigen Ausgang erwartet. Die Mittheilung schließt, die neue Kammer werde etwa 369 Republikaner und 292 Oppositionelle zählen. Außer den 10 Wahlen in den Kolonien sind noch 6 Wahlen unbekannt.

— Die Wörle begrüßte die Wahlen mit kleiner Rentenherigerung von 20 Centimes. Die Geschäftswelt ist beruhigt durch die Aussicht, 360 Republikaner gegen etwa 200 Reactionäre gewählt zu sehen. Boulanger erhielt nach der polizeilich kontrollirten Zählung 7811 Stimmen gegen Joffrin (Soc.) mit 5437 Stimmen. Die Frage der Billigkeit der Wahl Boulanger's bleibt der Kammer vorbehalten, welche voraussichtlich Joffrin für gewählt erklären wird.

— Ueber das Ergebnis der Wahlen sprechen sich alle Abendblätter befriedigt aus. Die Blätter der Opposition hoffen, daß die Minorität der neuen Kammer die Ziffer 225 erreichen werde, die der Regierung nahestehenden Blätter berechnen die Minorität auf höchstens 200.

England.

London. Auf Ansuchen des Lordmayors erklärte sich Lord Brassey bereit, Schiedsrichter in dem Streit zwischen den Lichterschiffen und deren Arbeitern zu sein. Nach den Angaben von Burns gingen für den Ausstandsfond im Ganzen etwa 40,000 Pfd. St. ein, darunter 24,000 aus Australien. Reichliche Beiträge kamen aus Belgien, Frankreich und Deutschland, (Berlin 1000 M.). 32,000 Pfd. St. wurden vorausgabt, die verbleibenden 8000 sollen zu weiteren Unterstüzungen, zur Gründung von Dodarbeiterverbänden und zur Rückzahlung der von den Gewerksvereinen zur Forderung des Ausstandes beigetragenen Summen verwendet werden. Burns und Tillet beäuchten gestern alle wurden und wurden von den Arbeitern stürmisch begrüßt. Burns meinte, daß der Ausstand 200 anderen Gewerkschaften geholfen hätte, eine Lohnerhöhung von 1—4 sh. die Woche zu erhalten. — Die „Dodarbeiter-Vereinigung“ zählt bereits 18,000 Mitglieder und wird den großen Gewerksvereinen der Seeleute, der Schiffverleger und der Lichterschiffer (Coerführer) bald ebenbürtig an die Seite getreten sein. Die Dodarbeiter sind nämlich entschlossen, neben sich, wie das allgemeine Gewerksvereinsgesetz ist, als Arbeitsgenossen nur Mitglieder ihres Vereins zu dulden.

London. Die Union der nationalen Forderung der Arbeit hat gestern ein Manifest erlassen, in welchem die englische Arbeiterschaft zur Gründung eines einzigen großen nationalen Arbeitervereins aufgefordert wird, um kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne zu erzielen. Die Gewerksvereine zu verlassen, aber der Kombination des Kapitals müsse eine Kombination der Arbeit gegenüber treten. Jetzt lie die Arbeiterschaft in Fraktionen und Fraktionchen gespalten, deren Führer meistens die Werkzeugpolitischer Parteien wären. Die neue Organisation solle ein „Parlament der Arbeit“ werden und das erlangen, wofür Generationen vergeblich gekämpft hätten. Unterzeichnet ist der Aufruf von dem Londoner Sozialisten Williams, dem Führer der Arbeiter bei dem letzten Streik, John Burns, Wood und Springfield. Der Plan läuft also schließlich auf Gründung einer großen Arbeiterpartei hinaus.

Gewerkschaftliches.

Berlin. Die Berliner Mägenmacher haben den allgemeinen Streik proklamiert. Kleinmeister und Stellen stellen einmüßig die Arbeit ein. Um Vertreter der Streikenden gegenüber den Fabrikanten, wurde Herr Rauch gemählt. Das Streikbureau befindet sich bei Böhle, Rinnstraße 13. Zusug ist fernzuhalten.

Bunzlau. Um unsere traurige Lage zu verbessern, waren wir gezwungen, trotz aller Hindernisse die Arbeit einzustellen. Unsere Arbeitsteil ist eine 14—15kündige bei 11 Wt. 50 Pfd. Lohn. Das das auf die Dauer nicht zu ertragen ist, wird jeder vernünftige Mensch zugeben. Unsere Zahl ist groß; wir sind meistens Familienväter und werden zum Streit gezwungen. Also helfe Alle! Briefe und Sendungen richte man an G. Handke, Gasthaus zum „Deutschen Hause.“ Das Streikkomitee der Zöppler zu Bunzlau. Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Aus Stadt und Land.

Vant, 24. Septbr. Einen äußerst schönen Verlauf nahm das gestern im Saale „Zur Arche“ begangene und von zahlreichen Gästen besuchte vierte Stiftungsfest des

„Deutschen Zimmererverbandes“, Lokalverband Wilhelmshaven. Der geschmackvoll decorirte Saal vermochte kaum alle Festtheilnehmer zu fassen. Nach einleitendem Konzert, dem Theater und Gesang folgten, schloß ein Ball die Feier, welche gemäß alle Theilnehmer befriedigte und bei jedem derselben angenehme Erinnerungen hinterlassen haben wird. Mögen die Mitglieder des Verbandes nunmehr mit um so regerem Streben in das neue Vereinsjahr eintreten.

Vant, 24. Sept. Wegen ungebührlichen Benehmens im Gemeindebureau, Sachbescheidung u. s. w. wurde gehern der Arbeiter S. durch den Gensdarmen Mittendorf verhaftet und heute nach Jever transportirt.

Vant, 24. Septbr. Dem jugendlichen Sohn eines hiesigen Einwohnens war der Aufrast geworden, seinem bei der Marine stehenden und auf dem „Wars“ stationirten Bruder eine bei einem hiesigen Geschäftsmann gelaufene Uhr zu überbringen. Da der junge Bursche nun einmal sehen wollte, wie ihm das Tragen von Uhr und Kette anseht, steckte er ertere in seine Westentasche und ließ die Kette prahlend im Sonnenschein funkeln. Doch siehe da, die Polizei ist helle, und auch hier war sie logisch zur Stelle. Der Glanz des goldenen Kleinschloßes blendete in die biebische Frevelthat witternd — redte sich der Arm des Schuhmanns R. aus, um den jungen Missethäter zu ergreifen und dann Uhr nebst Kette in den sichern Gewahrsam des königlichen Amtes zu bringen. Dort ruhten sie, bis der Verdacht, unredlich erworbenes Gut zu sein, von ihnen genommen war und der Eigentümer sie requirirte.

Wilhelmshaven, 24. Sept. Gestern Abend kurz vor Feierabend fiel der schon bedachte Maschinenbauer Porat auf dem auf der l. Werst liegenden Schiff „Stoß“ beim Aufheben eines Gratings aus beträchtlicher Höhe vom Batteriedeck in den Heizräum; glücklicher Weise scheint er außer einigen unerheblichen Verletzungen am Kopf bei dem schweren Fall sich keinen weiteren Schaden zugezogen zu haben, da er noch im Stande war, nach seiner Wohnung zu gehen.

Wilhelmshaven, 24. Septbr. Es trifft sich gut, daß gerade zur selben Zeit, wo die nationalliberale Presse die hohen Kohlenpreise als eine Folge der den Bergarbeitern bewilligten Lohnerhöhungen hinstellen sich bemüht, sie für ihre Lügen von dem Minister der öffentlichen Arbeiten auf die Finger geklopft wird, indem derselbe in seinem schon mitgetheilten Rundschreiben an die Direktoren der fiskalischen Bergwerke diesen befiehlt, sich von einer übertriebenen Ausnützung der zeitweilig günstigen Verhältnisse fern zu halten. — Also nicht den höheren Bergarbeiterlöhnen sondern „einer übertriebenen Ausnützung der zeitweilig günstigen Verhältnisse“ seitens der Bergwerksdirektoren und Gesellschaften, seitens der kapitalistischen Unternehmer haben wir die hohen Kohlenpreise zu verdanken, das mag sich auch das „Tagelblatt“ hinter die Ohren schreiben. Die Nationalliberalen sind natürlich ob der Offenheit des Ministers erobert und die „Nat.-Zg.“ übernimmt es, den letzteren abzulängeln.

Wilhelmshaven, 23. Sept. Das „Tagelb.“ schreibt: „Entführt wurden in Charlottenburg von 2 Berliner Halbmeltsdamen 2 Beduinen der dort gasirenden Beduinentruppe.“ — Die Berliner Blätter — und zwar die „gutgefinnten“ — berichten nun aber, daß die Entführerinnen „zwei hochelegante, junge und hübsche Damen aus der besseren Gesellschaft“ waren und daß es eine bereits allbekannte Thatsache ist, daß namentlich die Dame in weiß den braunen Wüstenbewohnern Afrikas ein mehr denn erlaubtes (!) Interesse entgegenbringt. Die Begeisterung seitens der Damenwelt für die fremdländischen Gäste habe schon oftmals zu recht unerwünschten Szenen Veranlassung gegeben, die aber stets durch Takt und Energie des Flora-Inhabers Herrn Franke, wie seitens der Direktion der Karawane möglichst auf ein Minimum beschränkt beschränkt wurden.“ — Wie das „Tagelb.“ nun dazu kommt, aus den „hocheleganten, jungen und hübschen Damen“ aus der besseren Gesellschaft „zwei „Halbmeltsdamen“ zu machen, mögen die Leser beurtheilen.

Wilhelmshaven, 24. Sept. Raumangels wegen müssen wir uns die Abfertigung eines dem „Chemn. Tagelb.“ entnommenen Artikels im „Wibb. Tagelb.“ zur Bekämpfung der Sozialdemokratie“ bis zur nächsten Nummer aufsparen.

Hempens, 23. September. Zum Gemeindevorsteher an Stelle des ausgeschiedenen Herrn Ellerbrock ist Herr Landwirth Ushhorn gewählt worden. Beim ersten Wahlgang erhielten Ushhorn 7, Ahen 7, Kleiner 2, Rügmann 1 Stimme. Beim zweiten Wahlgang: Ushhorn 9, Ahen 7 und Rügmann 1 Stimme.

Jever, 23. September. Im „Jeverchen Wochenbl.“ befindet sich folgendes Inserat: „Für Bremen. Wichtige Maurer finden dauernde Beschäftigung gegen einen Lohn von 42 1/2—50 Pfg. per Stunde. Nähere Auskunft erteilt auf schriftliche Anfrage das Arbeits-Nachweibungs-Bureau Bremen (Gemeinhaus). Die Bremer Maurer sind bekanntlich im Streik und bitten wir unsere Freunde, dies genügend bekannt zu geben und den Zugang von Maurern nach Bremen fernzuhalten.“

Literarisches.

— Die Religion der Zukunft von J. Stern. Dritte gründlich neu bearbeitete und vermehrte Auflage. Stuttgart, J. B. D. Diez, 1889. Preis 50 Pfg. In klarer und allgemein verständlicher Weise legt der Verfasser die Weltanschauung des Alterthums, des Mittelalters und der Neuzeit dar, wobei er die Unhaltbarkeit des Supernaturalismus nachweist, um dann eine heilsame und Sittenerhebende auf irdischer Grundlage zu entwickeln und den Menschen als die zukünftige Weltreligion und als einen mächtigen Hebel zur politischen Lösung der sozialen Frage, welche mit der religiösen Bewegung eng verknüpft ist, hinzustellen. Erst wenn beide Bewegungen, die religiöse und die soziale an ihrem Ziel angelangt sein werden, wird für die Menschheit eine Ära der wahren Kultur anbrechen.

